

# Die Zähmung des atomaren Dämons

Hiroshima mahnt: Nuklearwaffen bleiben eine reale Gefahr | Von Oliver Thränert

Angesichts von Cyberattacken und Berichten über neue Weltraumwaffen mögen der jüngeren Generation die vor 75 Jahren, im August 1945 über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atomwaffen wie eine Art Dampfdruck des Militärischen vorkommen. Doch dies ist ein gefährliches Missverständnis.

Wenn mit Kernwaffen lassen sich prompt und auf einen Schlag Großstädte weitgehend auslöschen. Daher hatte der damalige US-Präsident Barack Obama in seiner vielbeachteten Rede vom April 2009 vor der Prager Burg das hehre Ziel der Abschaffung aller Nuklearwaffen vorgegeben. Doch blieb Obama Realist: Solange Kernwaffen in der Welt existierten, müssten die USA über ein entsprechendes effektives Arsenal verfügen, um jeden Gegner abschrecken zu können. In der Tat bleibt eine atomwaffenfreie Welt ein fernes Ziel. Dessen Verwirklichung ist aber höchst unwahrscheinlich. Solange es kein Überwachungssystem gibt, das zweifelsfrei sicherstellt, dass kein Staat im Verborgenen Kernwaffen vorhält oder daran arbeitet, neue herzustellen, wird sich kein verantwortungsbewusster Staatenlenker auf eine völlige nukleare Abrüstung einlassen. Dies kann jedoch nicht bedeuten, sich schulterzuckend darauf zu verlassen, dass die nukleare Abschreckung auch in den kommenden Jahrzehnten schon irgendwie funktionieren wird. Im Gegenteil: Gelingt es nicht, die während des Kalten Krieges wenigstens teilweise erfolgreiche nukleare Rüstungskontrolle wiederzubeleben, drohen weitere Hiroshimas. Sie würden dieses Mal indes noch sehr viel mehr Schaden anrichten.

Die Grundidee des am Ende der 1950er- und zu Beginn der 1960er-Jahre Jahre in den USA entwickelten Konzepts der Rüstungskontrolle ist einfach. Im Nuklearzeitalter dürfen nicht nur die eigenen Sicherheitsinteressen im Vordergrund stehen, sondern müssen auch die Interessen des Gegenübers Berücksichtigung finden. Steht



6. August 1945, 8:16 Uhr: Die Atombombenkuppel, das Friedensdenkmal in Hiroshima

der Gegner in einer Krise unter dem Druck, seine Kernwaffen frühzeitig einzusetzen, um sie nicht zu verlieren, bedeutet dies Kriseninstabilität. Daran hat niemand Interesse. Mit anderen Worten: Gemeinsame Sicherheit ist im Atomzeitalter das Gebot der Stunde. Seit der 1962 nur mit einigem Glück überstandenen Kubakrise bemüht sich daher Washington und Moskau in vielfältigen Verhandlungen und Verträgen um die Zähmung des atomaren Dämons.

Die nukleare Rüstungsdynamik wurde dadurch zwar nie völlig überwunden. Immerhin wurden aber strategische Kernwaffen zahlenmäßig begrenzt, Raketenabwehrsysteme fast vollständig verboten, und gegen Ende des Kalten Krieges gelangen bis dahin nicht für möglich gehaltene Durchbrüche: Der INF-Vertrag von 1987 über das vollständige beiderseitige Verbot landgestützter Mittelstreckenwaffen bildete den Höhepunkt. Vor allem war der ununterbrochene, jahrzehntelange Ver-

handlungsprozess in sich selbst eine vertrauensbildende Maßnahme. Beide Seiten lernten die Denkweisen der jeweils anderen Seite besser kennen. Selbst den verstocktesten Kreml-Ideologen dämmerte es im Zuge dieses nuklearen Gesprächsmarathons, dass – anders als es die marxistisch-leninistische Theorie vorgab – der Sozialismus keineswegs in einem Dritten Weltkrieg gesetzmäßig der Sieger wäre. Vielmehr wäre das Resultat eine unvorstellbare Zerstörung; ein Sieger gäbe es nicht.



DR. OLIVER THRÄNERT

leitet den Think Tank am Center for Security Studies der ETH Zürich und ist Non-Resident Senior Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Und heute? Im Bewusstsein vieler aktuell politisch Verantwortlicher verblasst der Schatten von Hiroshima. Auch die Kubakrise ist für sie wohl höchstens eine historische Erinnerung, kein Menetekel, das dazu auffordert, künftig ähnliche Krisen möglichst zu vermeiden. Die während des Kalten Krieges mühsam errichtete Rüstungskontrollarchitektur wird derzeit nach und nach abgerissen. Nur noch das New-START-Abkommen über die Begrenzung amerikanischer und russischer stationierter strategischer Atomwaffen existiert noch – bis zum 5. Februar 2021. Einigen sich beide Seiten bis dahin nicht auf eine vertraglich mögliche Verlängerung des Abkommens, stehen wir das erste Mal seit 1972 rüstungskontrollpolitisch mit leeren Händen da.

Vielleicht liegt darin gleichwohl sogar eine Chance, wenn es gelingt, eine neue Rüstungskontrollarchitektur aufzubauen, die sich den Gegebenheiten des 21. Jahr-

hunderts anpasst. Die Probleme, vor denen wir heute stehen, unterscheiden sich nämlich erheblich von denen des Kalten Krieges. Heute geht es nicht mehr nur um die USA und Russland, vielmehr müssen China und weitere nukleare Akteure wie Indien und Pakistan, aber auch die beiden europäischen Kernwaffenmächte Frankreich und Großbritannien in die nukleare Rüstungskontrolle eingebunden werden. Peking mag mit seinen Atomwaffen noch weit vom Umfang der russischen und amerikanischen Nukleararsenale entfernt sein, aber es rüstet mittlerweile kräftig auf. Auch spitzt sich der amerikanisch-chinesische Konflikt zu, und Atomwaffen sind ein Teil davon. Zugleich befindet sich China in Konfrontation zu Indien, das seine eigenen nuklearen Planungen immer mehr an der Bedrohung aus Peking ausrichtet, während sein Nachbar Pakistan vollständig auf eine nukleare Abschreckung seines südasiatischen Nachbarn fixiert ist. Und in Europa mag man zu Recht über eine sich von den USA unabhängig machende nukleare Abschreckung nachdenken. Diese kann aber bei hoffentlich stattfindenden neuen nuklearen Rüstungskontrollbemühungen nicht einfach außen vor bleiben.

Doch nicht nur müsste Rüstungskontrolle multilateral werden. Darüber hinaus gilt es, eine Vielzahl nicht-nuklearer Technologien einzubeziehen, die eine wachsende Bedeutung für die strategische Stabilität haben. Dazu gehören Cyberwaffen ebenso wie Weltraumsysteme, konventionelle Präzisionswaffen oder auf künstlicher Intelligenz beruhende Anti-U-Boot-Verfahren. Im Vergleich zu diesen ungeheuer dynamischen technologischen Entwicklungen wirkt die gute alte Atomwaffe tatsächlich wie das Dampfdruck des Militärischen. Dennoch bleibt die Kernaufgabe, die uns seit dem August 1945 gestellt ist, die gleiche: Durch Dialog, durch Rüstungskontrolle und das Sich-in-den-Anderen-Hineindenken auch künftig eine atomare Katastrophe zu verhindern.

## AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

## Ins Feuer

Es wird geschrieben, es sei so gut wie entschieden, Olaf Scholz werde Kanzlerkandidat der SPD werden. Viel spricht dafür. Der Vizekanzler verfügt über Erfahrungen in der Bundes- und Landespolitik, in der Legislative und Exekutive, in der Parteiarbeit und auf der internationalen Bühne. Demoskopisch ist er mit Abstand der angesehenste deutsche Sozialdemokrat, auf Augenhöhe mit Angela Merkel und Markus Söder. Andere Führungsleute der Partei, die sich schon nach dem Rücktritt von Andrea Nahles beim Mitgliederentscheid über den Parteivorsitz als Drückeberger erwiesen hatten, verhalten sich auch dieses Mal nach dem Sieben-Schwaben-Motto „Hannemann, geh' Du voran! Du hast die größten Stiefeln an“. Bei 15 Prozent in den Umfragen ist ihr „Bitte nach dir, Olaf“ nachvollziehbar, zumal das mit den „größten Stiefeln“ auch zutrifft. Entschieden aber ist erst, wenn Scholz seine Bedingungen gestellt und Ja gesagt hat – und die sogenannte SPD-Spitze erleichtert dann auch.

Als Gefahr lauert Wirecard und das, was sich darum herumrankt. Grüne, Linke, FDP und mit nicht-heimlicher Freude auch die Union werden dafür sorgen, den Finanzskandal am Köcheln zu halten, am liebsten natürlich in einem Bundestagsuntersuchungsausschuss. Ihr Ziel: Egal, was Scholz wirklich tat und tut, irgendetwas bleibt immer hängen, und es ist dafür gesorgt, dass er mit seiner Kampagne nicht durchdringen kann. Seit Monaten schon (vor Wirecard und Corona) sammelt und inszeniert die Konkurrenz Pannen und Missgriffe aus dem Kompetenzbereich des Finanzministers, weil die im Wahlkampf groß aufgeblasen werden können: Kleinteiliges zu Aktiensteuerrecht und Registrierkassen und natürlich sein Kurswechsel zur schwarzen Null. Vielleicht ist es auch kein Zufall, dass vor ihm noch nie ein amtierender Finanzminister als Kanzlerkandidat in den Wahlkampf zog: Sparkommissare sind selten beliebt. Das Schlimmste aber bleibt sein Abschneiden beim Mitgliederentscheid vor einem Jahr: 22,7 Prozent im ersten Wahlgang. Die Girlanden, die ihm derzeit von seinen Parteifreunden liebevoll geflochten werden, und deren Hosianna-Rufe hat Scholz auf ihre Nachhaltigkeit zu überprüfen: Will er das, kann er das, bringt es was? Schon gibt es das Kalkül: Scholz, der letzte verbliebene Repräsentant der Schröder/Müntefering-SPD, wird ins Feuer geschickt und anschließend als Alleinschuldiger entlarvt.

# Kopflös

Die OSZE wäre derzeit gefragt wie kaum je zuvor. Stattdessen lähmt sie sich selbst | Von Stephanie Liechtenstein

Dieser Tage ist wieder viel die Rede von der Helsinki-Schlussakte, die im Kalten Krieg als Meilenstein in der Überwindung der Ost-West-Spannungen galt. Der 1975 unterzeichnete Vertrag feierte am gestrigen 1. August seinen 45. Jahrestag.

Die 57 Staaten der daraus entstandenen Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ergehen sich an einem so wichtigen Jubiläum gerne in Unterstützungsbekundungen und heben die Errungenschaften des Dialogprozesses hervor.

Doch was ist von dieser Aufbruchsstimmung übrig? Nichts, wenn man sich den derzeitigen Zustand der OSZE anschaut. Die Organisation ist seit 19. Juli ohne Führung, da die OSZE-Staaten die vier Topdiplomaten feuerten, die sie selbst erst im Jahr 2017 ernannt hatten.

Es handelt sich um den OSZE-Generalsekretär, den Schweizer Thomas Greminger, die Direktorin des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), die Isländerin Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, den OSZE-Medienbeauftragten, den Franzosen Harlem Désir, und den Hohen Kommissar

für Nationale Minderheiten, den Italiener Lamberto Zannier. Alle vier mussten ihre Büros im Juli innerhalb weniger Tage räumen.

Eine Verlängerung der vier Amtszeiten für weitere drei Jahre hätte eigentlich ein reiner Formalakt sein sollen. Doch die OSZE-Staaten verstrickten sich in ein Machtspiel, wodurch sie ihre eigene Organisation lahmlegten. Alles begann Anfang Juni, als bekannt wurde, dass Aserbaidschan einer Verlängerung des Mandates des OSZE-Medienbeauftragten Harlem Désir nicht zustimmen würde. Baku befand, dass Désir sein Mandat nicht korrekt ausgeübt und die Situation der Medien in Aserbaidschan „übertrieben kritisiert“ habe.

Am 25. Juni stellte sich Tadschikistan gegen die Verlängerung sowohl der Amtszeit des Medienbeauftragten als auch der ODIHR-Direktorin. Dem schloss sich die Türkei an und legte ebenfalls ein Veto gegen die ODIHR-Direktorin ein.

Die beiden Länder lagen schon länger mit der ODIHR-Direktorin im Clinch, da sie ihr vorwarfen Oppositionsvertreter zu OSZE-Menschenrechtskonferenzen eingeladen zu haben, die ihrer Ansicht nach

„kriminellen Gruppierungen“ angehörten und „Terroristen“ seien.

Die Proteste Tadschikistans und der Türkei lösten eine Kettenreaktion aus und führten zu weiteren Vetos gegen das bestehende Personalpaket. So stellten sich Frankreich, Kanada, Norwegen und Island gegen eine Verlängerung der Amtszeiten von OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger und von Lamberto Zannier. Auch Armenien stimmte einer Verlängerung nicht zu.

Diese Länder wären dem Vernehmen nach sehr wohl für eine Verlängerung des politischen Gesamtpaketes gewesen, die Blockade gegen den Franzosen Harlem Désir habe jedoch eine Gegenreaktion, vor allem Frankreichs, ausgelöst.



STEPHANIE LIECHTENSTEIN

ist freie Journalistin in Wien mit Fokus auf multilaterale Diplomatie. Davor war sie sechs Jahre in der OSZE in Wien in unterschiedlichen Positionen tätig.